



Diskussionspapier Nr. 3

Auswirkungen von angebots- und nachfragepolitischen Maßnahmen auf die Handelsbilanz in Deutschland – Simulationen mit dem QUEST3-Modell

Christoph Menzel

Auswirkungen von angebots- und nachfragepolitischen Maßnahmen auf die Handelsbilanz in Deutschland – Simulationen mit dem QUEST3-Modell

Christoph Menzel¹

Mai 2017

Zusammenfassung

Simulationen im Rahmen des QUEST3-Modells der EU-Kommission legen nahe, dass die Möglichkeiten, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen direkt auf eine Verringerung der deutschen Leistungs- bzw. Handelsbilanzüberschüsse Einfluss zu nehmen, äußerst begrenzt und wenn, nur kurzfristig erreichbar sind. Positive Übertragungseffekte auf andere Euroländer sind ebenfalls mit maximal $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt sehr gering und nur in der kurzen Frist realisierbar. Am ehesten können nachfragestimulierende Maßnahmen (Erhöhung der öffentlichen Investitionsausgaben, Lohnsteigerungen) kurzfristig zu einer Reduktion der Handelsbilanzüberschüsse führen, vor allem dann, wenn diese nicht durch geld- oder fiskalpolitische Reaktionen konterkariert werden. Dies wäre allerdings mit einer deutlichen Erhöhung des öffentlichen Schuldenstandes verbunden.

Angebotspolitische Maßnahmen (Deregulierung von Güter- und Dienstleistungsmärkten, Bürokratieabbau, Steigerung des Arbeitsangebots) führen allerdings infolge niedrigerer Kosten und damit höherer preislicher Wettbewerbsfähigkeit bereits in der kurzen Frist zu einer Aktivierung der Handelsbilanz. Aufgrund der Modellspezifikation des QUEST-Modells sind die Anpassungsreaktionen derart angelegt, dass sie längerfristig infolge von Lohn- und Preisanpassungen immer zu einem (neuen) Gleichgewicht tendieren. Daher ist die Aussagefähigkeit von längerfristigen Wirkungen auf die Handelsbilanz begrenzt.

Nicht berücksichtigt werden im Modell Determinanten der Kapitalbilanz wie Direkt- und Portfolioinvestitionen, Kapitaltransfers etc. Diese bestimmen (als Spiegel der Leistungsbilanz) über in- und ausländische Investitionsentscheidungen auch die strukturelle außenwirtschaftliche Position eines Landes und können durch wirtschaftspolitische Maßnahmen indirekt beeinflusst werden. Über solche Wirkungskanäle, die in QUEST nicht berücksichtigt sind, können Politikmaßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage, die den Leistungsbilanzüberschuss tendenziell senken, möglicherweise stärkere Übertragungseffekte auf andere Volkswirtschaften entfalten.

Keywords: DSGE-Modell, Leistungsbilanzüberschuss

JEL-Classification: E60

1 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Einleitung

Die hohen deutschen Leistungs- und Handelsbilanzüberschüsse von zuletzt mehr als acht Prozent in Relation zum BIP stehen zunehmend in der nationalen und internationalen Kritik. Hintergrund der Kritik ist u. a., dass hohe Überschüsse in einem Land notwendige wirtschaftspolitische Anpassungsprozesse in Defizitländern erschweren. Auf dem Wege einer stärkeren Binnennachfrage könne Deutschland jene Länder – insbesondere in der Eurozone – unterstützen, die derzeit unter einer schwachen Binnenkonjunktur, hoher Arbeitslosigkeit und Deflationsdruck leiden. Überschüsse in großen Ländern wie Deutschland können auch dann problematisch sein, wenn diesen hohe Defizite in wenigen Partnerländern gegenüberstehen, so dass deutsche Kapitalflüsse in diese Länder dortige Fehlallokationen (z. B. Immobilienblasen) bedingen oder verstärken. Mit Blick auf die inländische Wirtschaft können Überschüsse Ausdruck von Verzerrungen, wirtschaftspolitischen Fehlsteuerungen und strukturellen Schwächen, wie z. B. einer schwachen Investitionstätigkeit, sein, die ihrerseits wirtschaftspolitische Eingriffe rechtfertigen.

Als wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Reduktion des deutschen Handels- bzw. Leistungsbilanzüberschusses werden in der Regel sowohl nachfrage- als auch angebotspolitische Maßnahmen vorgeschlagen, z. B. eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, höhere Lohnsteigerungen, Deregulierung des Dienstleistungssektors oder Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienern.

In einer größeren Analyse, die auch in den „Schlaglichtern der Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht wurde,² wurden die unterschiedlichen Ursachen, Hintergründe und wirtschaftspolitischen Implikationen des deutschen Leistungsbilanzüberschusses partialanalytisch beleuchtet. Nunmehr sollen im Rahmen des QUEST3-Modells der EU-Kommission (s. Kasten) in einem konsistenten Modellrahmen die kurz-, mittel- und langfristigen Wirkungen einiger häufig genannter wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Einzelnen sowie im Aggregat dargestellt werden. Simuliert werden:

- 1) Erhöhung der öffentlichen Investitionen um einen Prozentpunkt des BIP
- 2) Lohnsteigerung um zwei Prozent
- 3) Deregulierung des Dienstleistungssektors („Freie Berufe“)
- 4) Erhöhung der Beschäftigung um ein Prozent (z. B. durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie)
- 5) Bürokratieabbau im Unternehmenssektor um zehn Prozent
- 6) Implementierung aller Maßnahmen sowie
- 7) nur nachfragepolitischer Maßnahmen (öff. Investitionen und Lohnerhöhung)

Das Quest-Modell wird zusätzlich dahingehend modifiziert, dass die Geld- und Fiskalpolitik kurzfristig nicht auf die expansiven Impulse reagieren.³ Anderenfalls würden die Effekte konterkariert und die Auswirkungen auf die Leistungsbilanz wären bereits nach kurzer Zeit „nivelliert“. Allerdings führt die notwendige Reaktivierung der Taylor-Regel nach einem Jahr dazu, dass die geldpolitische Flankierung der Maßnahmen nur sehr begrenzt bleibt und positive Übertragungseffekte auf andere Euroländer – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen geldpolitischen Ausrichtung – tendenziell unterschätzt werden.

2 „Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik: Ursachen und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten“, Monatsbericht des BMWi, März 2016, S. 11–25, <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/Auszuege/2016-03-lbue.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

3 Die Taylor-Regel für die Zinsreaktion der Zentralbank wird für ein Jahr und die öffentliche Schuldenregel (Ziel des Haushaltsausgleichs) für zehn Jahre ausgeschaltet. Eine dauerhafte Aussetzung ist allerdings nicht möglich, da dann die Stabilität der Schätzung (Modellkonvergenz) nicht mehr gewährleistet wäre.

DAS QUEST3-Modell

Das *Quarterly European Simulation Tool* (QUEST) ist ein von der EU-Kommission (Ratto et. al 2009) entwickeltes, bayesianisch geschätztes dynamisches, stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell). Es handelt sich dabei um ein mikrofundiertes, neu-keynesianisches Modell, in dem sich private Haushalte unter den gegebenen Rahmenbedingungen bezüglich ihrer Arbeit-Freizeit-Entscheidung nutzenoptimierend verhalten. Unternehmen unterliegen einem monopolistischen Wettbewerb (begrenzte Preissetzungsspielräume aufgrund Produktdifferenzierung) und optimieren ihren Gewinn in Abhängigkeit des Arbeitsangebots und der Reallöhne auf Basis einer CES-Produktionsfunktion. Die Geldpolitik („Taylor-Regel“) und die Finanzpolitik („Verschuldungsregel“) sind endogen.

Das QUEST-Modell existiert in unterschiedlichen Modifikationen und für unterschiedliche Länder (einzelne EU-MS, EU, Eurozone). In der hier verwendeten Modellversion (QUEST_RD) handelt es sich um ein für Deutschland kalibriertes 3-Länder-Modell (D, Eurozone und Rest der Welt), das speziell zur Simulation von Politikmaßnahmen spezifiziert wurde (Varga et al. 2013). Seine Modellspezifikationen umfassen endogenen technischen Fortschritt, drei Arten von Beschäftigten (niedrig-, mittel- und hochqualifizierte), zwei Haushaltstypen (liquiditätsrestringierte, sog. „nicht-ricardianische“ Haushalte und nicht-liquiditätsrestringierte) sowie zwei Produktionssektoren (Vorleistungsgüter- und Endproduktproduzenten), die hinsichtlich ihrer F&E-Intensitäten unterschiedlich spezifiziert sind.

Erhöhung der öffentlichen Investitionen um einen Prozentpunkt des BIP

Eine dauerhafte Erhöhung der öffentlichen Ausgaben – insbesondere, wenn diese nicht durch geld- und fiskalpolitische Reaktionen konterkariert wird, hat kurzfristig einen deutlich spürbaren passivierenden Effekt auf die Handelsbilanz in Höhe von $\frac{3}{4}$ Prozentpunkten (s. Tabelle 1). Bereits nach drei Jahren nivelliert sich dieser allerdings und nach vier bis fünf Jahren zeigen sich positive Produktivitätseffekte infolge der Kapitalakkumulation, die über eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu einer höheren Exportdynamik führen. In der Folge steigt der Handelsbilanzsaldo längerfristig wieder an und liegt höher als vorher. Diese Ergebnisse decken sich auch mit Analysen im Rahmen des Oxford-Economic-Modells (s. Fn. 1). Die kurzfristigen Übertragungseffekte auf die Eurozone sind in dieser Simulation mit rund $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt mit am größten.

Tabelle 1

Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Erhöhung öffentlicher Investitionen			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	+0,65	+0,83	+1,51	+2,49
Exporte	-0,10	+0,43	+1,14	+2,48
Importe	+0,61	+0,23	+0,17	-0,38
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	-0,75	+0,13	+0,08	+0,70
Eurozonen-BIP	+0,19	+0,00	+0,01	+0,03

Lohnsteigerung um zwei Prozent

Zwar ist die Lohnpolitik keine direkte Steuerungsgröße, allerdings ist der Vorschlag höherer Lohnabschlüsse häufig Bestandteil von Empfehlungen zur Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses. In der Theorie wirkt dieser über zweierlei Wege: Einerseits stärkt er die Kaufkraft (sofern keine vollständige Kompensation durch einen gleich hohen Abbau von Beschäftigung erfolgt), was anteilig auch die Importe erhöht. Andererseits verringert er die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und dämpft damit die Exporte.

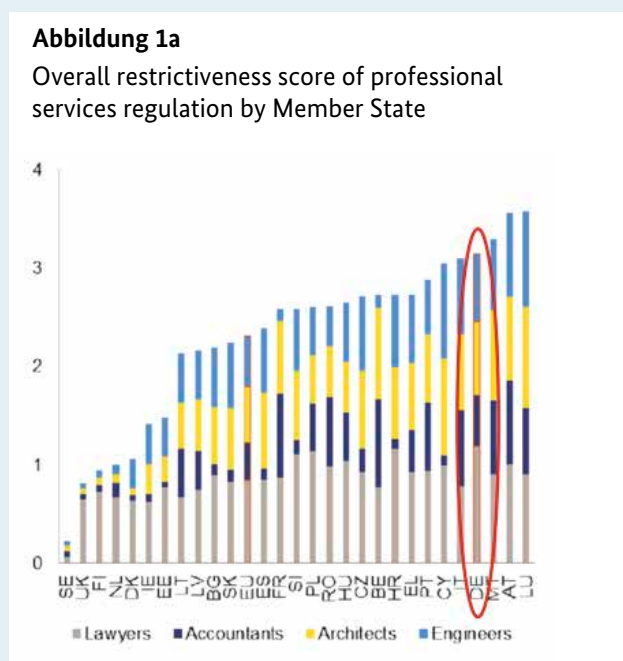
Tabelle 2 zeigt, dass der Effekt auf die Handelsbilanz mit gut ½ Prozentpunkt infolge der gegenläufigen Export- und Importentwicklung durchaus deutlich ist und auch für einen längeren Zeitraum anhält. Allerdings aktiviert sich die Handelsbilanz nach einem Zeitraum von zwölf Jahren infolge von Reallohn- und Beschäftigungsanpassungen wieder und befindet sich dann erneut im Überschuss. Der Übertragungseffekt auf die Eurozone ist in dieser Simulation allerdings nicht signifikant.

Tabelle 2

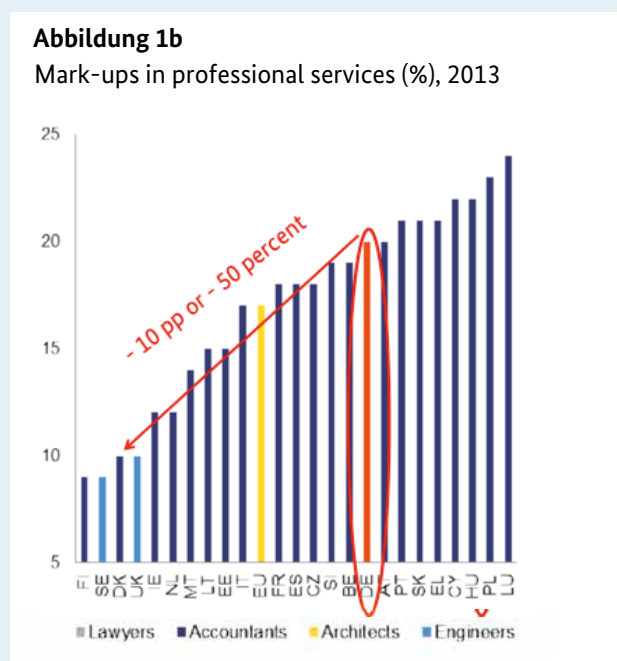
Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Lohnerhöhung um 2 Prozent			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	-0,16	-0,97	-1,05	-1,11
Exporte	-0,45	-1,19	-1,23	-1,12
Importe	+0,21	+0,24	+0,20	-0,13
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	-0,55	-0,32	-0,23	+0,16
Eurozonen-BIP	-0,01	+0,00	+0,00	-0,02

Deregulierung des Dienstleistungssektors (Freie Berufe)

Als angebotspolitische Maßnahmen zur Steigerung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsdynamik – und damit mutmaßlich auch einer Reduktion der Leistungsbilanzüberschüsse – wird häufig auch ein Abbau regulatorischer Hemmnisse im Dienstleistungssektor, insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen/„Freien Berufen“ – eingefordert.⁴ In der Tat stellt sich die Regulierungshöhe in Deutschland in diesem Bereich im europäischen Vergleich als überdurchschnittlich heraus (s. Abb. 1a).



Quelle: Europäische Kommission



Quelle: Europäische Kommission

4 vgl. z. B. Commission Staff Working Document, Country Report Germany 2016, Feb. 2016, p. 2

Simuliert wird eine Absenkung der Mark-ups (Renten) bei den unternehmensnahen Dienstleistungen um rd. 10 Prozentpunkte auf ein vergleichbares Niveau mit Dänemark und Großbritannien (s. Abb. 1b).⁵ In der Folge erhöht sich aufgrund sinkender Preise und gesteigerter Produktivität die preisliche Wettbewerbsfähigkeit (marginal), was in der Tendenz zu einer Ausweitung der Exporte führt. Insgesamt bleiben die Effekte einer Deregulierung der unternehmensnahen Dienstleistungen in dem Modell allerdings an der Wahrnehmungsschwelle.

Tabelle 3

Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Deregulierung Dienstleistungen			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	+0,01	+0,04	+0,05	+0,07
Exporte	+0,03	+0,06	+0,07	+0,07
Importe	-0,02	-0,02	-0,01	+0,01
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	+0,05	+0,02	+0,02	-0,01
Eurozonen-BIP	+0,00	+0,00	+0,00	+0,00

Erhöhung der Beschäftigung um ein Prozent

In diesem Szenario werden Maßnahmen simuliert, die z. B. infolge einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine Ausweitung des Betreuungsangebots oder durch eine aufkommensneutrale Reform der Steuerveranlagung von Haushalten (Familien- statt Ehegattensplitting) zu einer Erhöhung der Beschäftigung (in Vollzeitäquivalenten) um ein Prozent führen.

Unter der Prämisse der Markträumung sinken die modellendogenen (Real-)Löhne deutlich, was zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Exporte führt. Die hierdurch induzierte Exportdynamik überwiegt die Importnachfrage infolge der höheren Binnenkonjunktur, so dass sich bereits in der kurzen Frist der Handelsbilanzüberschuss ausweitet. Erst in der langen Frist überwiegt die stärkere Binnenkonjunktur und ermöglicht eine (leichte) Passivierung der Leistungsbilanz. Auch hier zeigt sich allerdings kein signifikanter Übertragungseffekt auf die Eurozone.

Tabelle 4

Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Erhöhung der Beschäftigung um ein Prozent			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	+0,20	+0,78	+0,84	+0,88
Exporte	+0,32	+0,94	+0,97	+0,87
Importe	-0,11	-0,18	-0,15	+0,11
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	+0,30	+0,23	+0,16	-0,14
Eurozonen-BIP	+0,01	+0,00	+0,00	+0,01

⁵ Da nicht explizit nach Güter- und Dienstleistungen in der Produktionsfunktion differenziert wird, werden die Mark-ups entsprechend dem Anteil dieser Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung des Endgüter produzierenden Sektor geschockt.

Bürokratieabbau im Unternehmenssektor um zehn Prozent

Eine weitere, allerdings weniger häufig vorgebrachte Empfehlung betrifft den Abbau von Bürokratiekosten im Unternehmenssektor. Die hierdurch freigesetzten Produktivitäts- und Wachstumsimpulse könnten die binnenwirtschaftliche Dynamik dergestalt stärken, dass über höhere Importe eine Passivierung der Handelsbilanz erreicht wird.

Im Modell reduziert ein Bürokratieabbau die Produktionskosten und damit Güterpreise, was wiederum eine höhere preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei den Exporten impliziert. Nach einer kurzfristigen Aktivierung der Handelsbilanz bleiben die mittel- bis längerfristigen Effekte marginal.

Tabelle 5

Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Bürokratieabbau um 10 Prozent			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	+0,21	+0,36	+0,39	+0,45
Exporte	+0,25	+0,35	+0,39	+0,51
Importe	+0,01	+0,08	+0,07	-0,03
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	+0,20	-0,07	-0,08	+0,06
Eurozonen-BIP	+0,02	+0,00	+0,01	+0,01

Implementierung aller Maßnahmen

Abschließend soll eine dynamische Betrachtung der Implementierung aller oben dargestellten Reformmaßnahmen vorgenommen werden. Gegenläufige Effekte kompensieren sich zum Teil, insgesamt dominieren kurzfristig jedoch die Nachfrageeffekte der öffentlichen Investitionen sowie der Lohnsteigerungen. Nach einer Passivierung der Handelsbilanz um gut ½ Prozentpunkt im ersten Jahr gleicht sich diese in der mittleren Frist (bereits nach drei Jahren!) weitgehend aus. In der langen Frist überwiegen dann die produktivitäts- und wettbewerbssteigernden Maßnahmen, die zu einer deutlichen Aktivierung der Handelsbilanz (um +0,8 Prozentpunkte nach 20 Jahren) führen.

Tabelle 6

Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Alle Maßnahmen			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	+0,83	+1,07	+1,78	+2,82
Exporte	+0,10	+0,62	+1,38	+2,86
Importe	+0,60	+0,32	+0,26	-0,43
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	-0,57	+0,02	-0,02	+0,78
Eurozonen-BIP	+0,20	+0,00	+0,02	+0,03

Die (positiven) Auswirkungen auf die anderen Länder der Eurozone beschränken sich mit einem Impuls von +0,2 Prozent ebenfalls auf das erste Jahr, danach sind sie kaum wahrnehmbar. Infolge der expansiven Maßnahmen (und der deaktivierten Verschuldungsregel) würde der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP um rd. 10 Prozentpunkte ansteigen. Die kurzfristigen Übertragungseffekte auf die Eurozone erweisen sich in dieser Simulation mit rund ¼ Prozentpunkt auch als recht ausgeprägt.

Nur nachfragepolitische Maßnahmen

Sehr ähnlich stellt sich das Bild bei den für die Handelsbilanz „stärksten“ Maßnahmen – der Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowie der Lohnerhöhung – dar. Hier summiert sich der kurzfristige Impuls auf die Handelsbilanz auf fast 1 ½ Prozentpunkte; die Passivierung hält zudem deutlich länger an. Aber auch hier erweist sich der Effekt in der langen Frist als nicht nachhaltig. Nach zwölf Jahren kehrt sich die Handelsbilanz wieder ins positive und weist in der Folge ein signifikant höheres Niveau auf.

Tabelle 7

Veränderungen in Prozent ggü. Baseline	Öffentliche Investitionen und Lohnerhöhung			
	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
<i>Effekt nach:</i>				
Reales BIP	+0,55	-0,15	+0,44	+1,34
Exporte	-0,60	-0,84	-0,17	+1,25
Importe	+0,90	+0,56	+0,45	-0,41
Handelsbilanz (in Prozentpunkten)	-1,45	-0,33	-0,28	+0,70
Eurozonen-BIP	+0,18	+0,00	+0,02	+0,01

In diesem Szenario würde der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP zudem um gut 12 Prozentpunkte ansteigen. Auch hier sind die kurzfristigen Übertragungseffekte auf die anderen Länder der Währungsunion signifikant.

Schlussbemerkungen

Als mikrofundiertes, neukeynesianisches dynamisches Modell geht QUEST bei der Implementierung von exogenen Schocks von einer Gleichgewichtssituation aus (alle Märkte sind geräumt) und ermöglicht eine Betrachtung der kurz- bis mittelfristigen Anpassungsprozesse zum nächsten Gleichgewicht (an dem die Märkte erneut geräumt sind). Strukturelle Arbeitslosigkeit und dauerhafte, schuldenfinanzierte öffentliche Ausgabensteigerungen sind in diesem Kontext nicht möglich. Daher sind die mittel- bis längerfristigen Effekte von Strukturreformen oder Ausgabenprogrammen in dem Modellrahmen unter der Prämisse der Markträumung zu betrachten.

Das Modell legt bereits für die kurze Frist nahe, dass die Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Einflussnahme auf die deutsche Handelsbilanz und eventuelle Übertragungseffekte auf die anderen Euro-Länder nur temporär und vom Effekt nur sehr begrenzt sind. Eine nachhaltige Veränderung würde wohl strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in diesen Länder voraussetzen.

Allerdings fokussiert diese Betrachtung auf die im QUEST-Modell spezifizierten realwirtschaftlichen Zusammenhänge. Nicht berücksichtigt werden Determinanten der Kapitalbilanz wie Direkt- und Portfolioinvestitionen, Kapitaltransfers, grenzüberschreitende Kredite etc. Diese beeinflussen über in- und ausländische Anlage- und Investitionsentscheidungen – simultan zur Leistungsbilanz – auch die strukturelle außenwirtschaftliche Position eines Landes. Attraktive Investitionsmöglichkeiten und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie verbesserte Rahmenbedingungen für in- und ausländische Investoren, Freizügigkeit bei Unternehmensbeteiligungen, geringe regulatorische Auflagen etc. können indirekt auch auf die Leistungsbilanz Rückkopplungen erzeugen.

Literatur

Eid, André; Enkelmann, Sören; Grabert Sybille; Hielscher, Kai (2016): Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik: Ursachen und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, 2016(3), BMWi. Berlin, S. 11–25.

Varga, Janos; Roeger, Werner, in 't Veld, Jan (2013): Growth Effects of Structural Reforms in Southern Europe: The case of Greece, Italy, Spain and Portugal, Economic Papers 511, European Commission, Brussels.